

Zukunft Bremerhaven

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013“ werden die bereits im letzten Jahr begonnene Intensivierung ihrer Zusammenarbeit für den Standort Bremerhaven vertiefen, da sich die Entwicklungen in beiden Städten nach wie vor unterschiedlich darstellen.

Die drei zentralen Probleme in der Stadt Bremerhaven

1. keine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen,
2. weiterer Schulbesuch trotz Wunsch nach dualer Ausbildung,
3. überdurchschnittlich hoher Anteil arbeitsloser Jugendlicher ohne abgeschlossene Ausbildung im SGB II Bereich

konnten trotz intensiver Bemühungen aller Akteure zwar verringert, aber nicht ausgeräumt werden. Bisher wurden folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Zielvereinbarung „Masterplan für Bildung“, Schaffung von 25 zusätzlichen Ausbildungsplätzen 2013, davon
- Aktivierung Ausbildungspool (15 Plätze) und
- Beauftragung einer kommunalen Gesellschaft für die Vermittlung von AltbewerberInnen in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Bremen und Bremerhaven (10 Plätze)
- Unterstützung Erstausbildung Wind (Halle X, zusätzliche 26 Plätze)
- Fortentwicklung des Förderzentrums für Jugendliche (SGB II, durchschnittlich 90 Plätze))
- erstmals belastbare Bestandszahlen der SchülerInnen der Allgemeinbildenden Schulen, die der Prognose der demografischen Entwicklung widersprechen (AbsolventInnen der Sekundarstufe I, ohne Gymnasien, von 715 in 2013 auf etwa 850 in 2025)

Zur weiteren Verfolgung der gemeinsamen Ziele sind in den kommenden Jahren folgende besondere Maßnahmen vorgesehen:

- In Zusammenarbeit mit Wirtschaft ständige Qualitätsverbesserung und an den Bedarfen ausgerichtete Angebote in den beruflichen Schulen.
- Intensivierung der Teilqualifizierungen (anrechnungsfähig) für Jugendliche, die zurzeit keine Vollausbildung im dualen System durchlaufen können.
- Entwicklung von Förderkonditionen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Rahmen der Instrumente Ausbildungspool und –verbünde.

- Vorübergehende öffentliche Unterstützung bei Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in Betrieben in konjunkturellen Krisen (z. B. Windenergie).
- Nutzung aller Möglichkeiten zur Schaffung und Besetzung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen Bündelung der Aktivitäten nach den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII für unter 25jährige (Jugendberufsagentur).